

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbsstellen-Abteilungen entgegen. - Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. - Postamt No. 22.

Verlagsanstalt des Erzgebirgischen Anzeigers für das Erzgebirge, 1000 Leipzig, Postamt No. 22.

Telegraphisches Anzeiger-Verlagsgesellschaft. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postamt No. 22, 1000 Leipzig.

Nr. 7

Mittwoch, den 9. Januar 1924

19. Jahrgang

Arnold Rechbergs Verhandlungen mit Poincare.

Rechberg beabsichtigt, dem Kanzler Vortrag zu halten.

Ein Mitglied eines Wiener Blattes hatte Gelegenheit, mit Arnold Rechberg zu sprechen, der sich auf der Durchreise von Paris nach Berlin befand. Es ist bekannt, daß Herr Rechberg seit langem dafür wirbt, daß die deutsche Industrie ihr Aktienkapital um 30 v. H. erhöhen und diesen Aktienanteil an Frankreich übergeben soll, um dadurch die französischen Forderungen zu befriedigen und eine deutsch-französische Interessengemeinschaft herzustellen. Während seines jetzigen Aufenthalts in Paris hat Herr Rechberg seinen Plan den französischen Staatsmännern ausführlich dargelegt. Die französische Presse hat den Plan lebhaft erörtert. Herr Rechberg sah keine Ausführungen zu folgender Uebersicht aufkommen:

Der frühere deutsche Botschafter in Amerika, Graf Bernstorff hat mir einmal erzählt, als er nach der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland in die Heimat zurückgekehrt sei, hätte er ganz unfaßbarerweise bei uns Befriedigung über die Kriegserklärung vorgefunden. Ganz ebenso unbegreiflich ist es mir, wenn ich, von Paris nach Deutschland zurückgekehrt, die Opposition der schwerindustriellen Presse gegen meine Unterhaltungen mit französischen Staatsmännern lese.

Auf unserem waffenlosen Volk lastet furchtbar der französische Druck. Niemand will und kann uns helfen. Wenn in England die Arbeiterpartei ans Ruder kommt, sind bestenfalls dapierner Proteste Englands gegen die französische Willkürgehalt zu erhoffen.

Meine Unterhaltungen mit den französischen Staatsmännern haben ein überaus günstiges Ergebnis erzielt. Die Franzosen haben mir ohne Ausnahme ihre Bereitwilligkeit zur tatsächlichen Verständigung mit Deutschland bekundet. Es sind von offiziellen Nachrichten Frankreichs sogar öffentliche Worte der Verbitterung gebrochen worden, wie sie die Welt seit Kriegsende nicht mehr gehört hat. Wenn die rheinisch-westfälische Schwerindustrie gegen eine derartige Verständigung Front macht, ist das Selbstmord.

Allerdings hat die Opposition der schwerindustriellen deutschen Presse gegen meine Vorschläge diese Vorschläge sachlich gefördert. Erst durch diese Opposition wurde die Weltöffentlichkeit aufmerksam. Die allgemeine Erörterung setzte ein. Die gleichen Argumente, die ich seit Jahren in der Presse vorgebracht hatte und zu denen kein einziges neues hinzugekommen ist, erhielten mit einem Male große Durchschlagskraft. Es wurde allgemein festgestellt, daß meine Vorschläge in gleichem Maße für Frankreich und für Deutschland vorteilhaft sind (für die Wiederherstellung Europas wichtig seien). Besonders hat sich die amerikanische Presse des Themas bemächtigt. Amerika will die Wiederherstellung der europäischen Märkte. Die amerikanische Presse sieht in der etwaigen Verwirklichung meiner Vorschläge eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen.

Ich werde alsbald den Kanzler ersuchen, mich zu empfangen, um ihm eingehend mitzuteilen, was mir die französischen Staatsmänner in stundenlangen Unterhaltungen gesagt haben. Ich glaube nicht, daß angesichts der Not unseres Volkes irgendein deutscher Reichskanzler die Verantwortung dafür übernehmen wird, daß er die Hand zurückgewiesen habe, die Frankreich uns bietet.

Kabinettsberatungen in Berlin

Aber die Reise Rechbergs nach Paris.

Daß über die Reise des Herrn v. Rechberg nach Paris und über seinen dort vertretenen Plan im Reichskabinetts gesprochen werden wird, ist selbstverständlich, ebenso, daß Herr v. Rechberg damit hier keine Gegenliebe finden kann. Die Reichsregierung hatte von der Absicht v. Rechbergs nach Paris zu gehen, und seinen Plan dortigen maßgebenden Persönlichkeiten zu entwickeln Kenntnis. Hätte sie ihn daran verhindern können? Hätte sie das tun sollen? Wenn sie es getan hätte, so würde man in Frankreich gesagt haben: Seht da ist nun einer, der das Reparationsproblem einer Lösung entgegenführen möchte und Vorschläge dazu machen will, aber der deutschen Regierung liegt an einer solchen Lösung gar nichts. Sie verhindert höflich, daß überhaupt dahingehende Vorschläge gemacht werden. Es war also nicht angebracht, v. Rechberg an seinem Vorhaben zu verhindern. Bedauerlich bleibt sein Borgehen aber doch.

Dr. Sorge über die Rechbergschen Pläne.

Der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie Reichstagsabgeordneter Dr. Sorge, erklärte dem Berliner Vertreter des „Echo de Paris“ über die Pläne Rechbergs u. a.: Arnold Rechberg könne als maß-

gebender Industrieller von der deutschen Wirtschaft nicht angesehen werden. Diese Feststellung sei notwendig, weil Äußerungen Arnold Rechbergs, welcher der Bruder des einflussreichen Industriellen Kommerzienrats E. B. Rechberg ist, als Äußerungen des letzteren aufgefaßt und demnach bewertet werden könnten. Dr. Sorge stellte fest, daß die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit durchaus bereit ist, für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage große Opfer zu bringen. Wäre das letzte deutsche Reparationsangebot, das sich in seiner Hauptsache auf die praktischen Vorschläge des Reichsverbandes der Industrie stütze, angenommen worden, so würden wir heute auf dem Wege der Befriedigung Europas einen erheblichen Schritt vorangekommen sein. Die Ruhrbesetzung habe Frankreich irgendwelche Erleichterungen nicht gebracht. Auch die Micum-Abkommen würden Frankreich nie die Vorteile bringen, die durch die Annahme der früheren deutschen Vorschläge erreichbar gewesen wären. Die Micum-Verträge belasteten die deutsche Industrie aufs schwerste. Sie könnten nur erfüllt werden durch Eingriff in die Substanz der deutschen Werte, und wären lediglich im Interesse der Arbeiter und zur Vermeidung einer Hungersnot abgeschlossen worden. Die Rechbergschen Vorschläge seien an sich durchaus nichts Neues. Sie seien auch längst auf allen Seiten als undurchführbar und ungewinnlich erkannt worden. Sie liefen im Grunde auf die Aufgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit hinaus. Wollte man aber diesen Eingriff in die wirtschaftliche Selbständigkeit vornehmen, so würde man die Grundlage für die Möglichkeit höchster Leistungsfähigkeit sowohl der deutschen als auch der französischen Industrie gefährden.

Die deutschen Finanzverhältnisse.

Besserung der Finanzlage.

Der Abschluß des Reichshaushalts für das vierte Quartal 1923 hat noch keine Aufhebung des Reichsdefizits gebracht. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um generell 45 Prozent. Der Monat Dezember hat eine Besserung der Finanzlage angebahnt, die sich mit dem am 1. Januar begonnenen Beamtenabbau und der Umstellung der Steuern auf Goldbasis weiter fortsetzen dürfte.

Scharfe Maßnahmen gegen die Vergnügungssucht.

Zu den Maßnahmen, die das Reich gegenüber den Ausbrüchen der Vergnügungssucht zu ergreifen gedenkt, wird noch angegeben, daß nach oberlässlichen Schätzungen z. B. der Prozentfuß der deutschen Käse in St. Moritz und am Gardasee fast 70 beträgt. Bereits jetzt ließen die deutschen Behörden Kriminalbeamte in vorangewiesenen ausländischen Kurorten eine gewisse Uebersichtstätigkeit ausüben, auf Grund deren den heimischen Finanzämtern Bericht erstattet wird. In geeigneten Fällen soll dann bei der Heimkehr Vorladung vor das Finanzamt erfolgen. Auch durch Sperre von Pässen soll versucht werden, überflüssige Vergnügungstouristen ins Ausland zu verhindern.

Dr. Schacht hat die Leitung der Reichsbank übernommen.

Der neue Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat gestern die Führung der Geschäfte der Reichsbank übernommen. Er empfing die Mitglieder des Direktoriums, die ihm vorgestellt wurden und die er als Mitarbeiter begrüßte. Reichsbankpräsident Schacht, der neben seiner Reise aus London und Holland nach Berlin zurückgekehrt ist, hat der Reichsregierung über seinen Aufenthalt in diesen beiden Ländern Bericht erstattet. Seine Eindrücke, die er dabei insbesondere bezüglich der Auffassung über die Frage der Gründung einer Goldnotendank in Deutschland erhalten hat, sind als zutriebsdienlich zu bezeichnen.

Der Bericht des Reichsbankpräsidenten soll auch die Grundlage bilden für die Lösung der Frage der Erleichterung eines rheinisch-westfälischen Goldnoteninstituts. Bekanntlich hatte die Reichsregierung ihre Zustimmung zu dessen Errichtung an die Erfüllung ganz bestimmter Voraussetzungen geknüpft. Die Frankreich ablehnte, vor allem die Einableberung der rheinisch-westfälischen Goldnotendank in die Goldnotendank des Reiches. Bei dieser Haltung der Besatzungsmächte wird es in unterrichteter Kreise als wahrscheinlich angesehen, daß das Reichskabinetts von der Errichtung eines rheinisch-westfälischen Goldnoteninstituts absehen wird.

Reform der Strafrechtspflege.

Eine Rotverordnung.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, enthält die Verordnung über die Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4. Januar eine Reihe von aus finanziellen Gründen erforderlichen Reformmaßnahmen, die bereits am

15. Januar in Kraft treten und bis 31. März gelten sollen. Danach entscheidet in Strafsachen statt der Schöffengerichte der Amtsrichter allein und statt des Bürgergerichts nur dessen richterliche Mitglieder. Zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörende Strafsachen werden den Strafkammern zugewiesen. Das Verfahren bei Privatklagen ruht. Bei Übertretungen und Vergehen ist die Berufung ausgeschlossen, wenn auf Freisprechung oder ausschließlich auf Geldstrafe erkannt ist.

Weiter enthält die Verordnung eine grundlegende Veränderung der Verfassung der Strafgerichte und eine Reihe von Verfahrens Vorschriften. Diese Vorschriften sind für die Dauer bestimmt und werden, soweit sie organisatorischer Natur sind, am 1. April in Kraft treten. Danach fallen die Strafkammern als Gerichte erster Instanz fort. Das Amtsgericht ist für sämtliche bisher zur Zuständigkeit der Schöffengerichte und Strafkammern gehörenden Sachen und auch für einen Teil der zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörenden Verbrechen zuständig. Bei Übertretungen und regelmäßig auch Vergehen entscheidet der Amtsrichter allein unter gewissen Voraussetzungen auch bei Rückfallsverbrechen. Im übrigen entscheidet das Schöffengericht, dessen Zusammensetzung nicht geändert wird. Nur ausnahmsweise, bei besonders bedeutenden und umfangreichen Sachen wird noch ein zweiter Amtsrichter zugezogen. Gegen sämtliche Urteile des Amtsgerichts gibt es Berufung an die mit Berufungskammern und Schöffen besetzte Strafkammer.

Bezüglich der schwersten Verbrechen verbleibt es bei der Zuständigkeit des Schwurgerichts, das mit 3 Richtern und 6 Geschworenen besetzt ist. Richter und Geschworene entscheiden künftig über die Schuld, und Strafrechte gemeinschaftlich. In die Verordnung mitübernommen ist die wegen Ueberlastung des Reichsgerichts als erste Instanz notwendig geordnete Verordnung vom 12. Dezember 1923, welche die Abgabe der Landesverrats- und Spionagesachen an die Oberlandesgerichte ermöglicht.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 17. Dezember 1923, die für einen Teil der zur Zuständigkeit der außerordentlichen Gerichte gehörenden Sachen allgemein ein beschleunigtes Verfahren vor den ordentlichen Gerichten einleitet, bleibt neben der Verordnung vom 4. Januar bestehen. Vergehen die in der Verordnung vom 4. Januar bezeichneten Straftaten in das ordentliche Verfahren übergeleitet, so wird das Verfahren nach den allgemeinen Vorschriften der Strafprozessordnung durchgeführt. Sobald die Verhältnisse es gestatten, wird die Verordnung vom 17. Dezember 1923 aufgehoben werden.

Englands erhöhte Aktivität in Europa.

Noten an die Regierungen in Belgrad, Prag, Bukarest und Warschau.

Die Belgrader Presse bespricht mit Erregung die daselbst eingetroffene Note der englischen Regierung, in der diese von der jugoslawischen Regierung Aufforderung darüber verlangt, ob und inwiefern die jugoslawische Regierung Garantien für den französischen Kreditschritt geben mußte. Man ist der Ansicht, daß England durch diesen Schritt, da es gleichlautende Noten auch in Prag, Bukarest und Warschau überreichen ließ, in erster Linie Frankreich treffen wolle. England wolle wieder aktiv in die europäische Politik ein und wolle die Stellung Frankreichs in Mitteleuropa und auf dem Balkan erschüttern. Die englische Note soll eine PreSSION auf die Staaten der kleinen Entente darstellen, indem sie erkennen läßt, daß England auch über Mittel verfüge, seinen Willen bei der Regelung der Fragen in Ost- und Südeuropa durchzusetzen.

„Evening News“ bemerkt die Nachricht des Pariser Temps, wonach Baldwin und Curzon die Absicht gehabt haben, das englische Mitglied aus der Reparationskommission abzuberufen und die englischen Truppen aus dem Rheinland zurückziehen, wenn sie im Amt bleiben würden. Nicht, wie das französische Blatt meint, ein Rückzug aus Europa, sondern eine erhöhte englische Aktivität in den europäischen Fragen sei in der nächsten Zeit zu erwarten, aber eine Aktivität, die allerdings nicht von rein humanitären Erwägungen, wie etwa Mitleid mit Deutschland, bestimmt wird, sondern einzig und allein von dem Gesichtspunkte, das englische Prestige und die realpolitischen englischen Wirtschaftsinteressen nachdrücklich zur Geltung zu bringen.

London widerspricht einer Pfalzregierung.

Eine Verlegung des Versailles Diktats!

Die „D. N. B.“ schreibt in einer Eigenmeldung aus London: Offiziösen Informationen zufolge hat die sogenannte Pfalzregierung bei der Rheinlandkommission formelle Anerkennung beantragt. Die Vertreter Frankreichs und Belgiens in der Kommission scheinen bereits die Anerkennung bewilligt zu haben. Die englische Regierung lehnt diesen Schritt als Verlegung des Versailles Instruments ab und beruft sich auf die wiederholten Erklärungen Poincares, daß Frankreich die separatistischen Bestrebungen nicht fördern werde. London leitet in Paris, Brüssel und Berlin die nötigen Schritte zur Klärung der Lage ein.

Vorstoß Italiens gegen die Einkreisung durch Frankreich.

Die „Stampa“, das Organ Giolittis, die zu den Oppositionsblättern gehört, schreibt, angesichts der allgemeinen europäischen Politik müßte eine italienisch-englische Entente geschaffen werden. Die „Stampa“ behauptet, daß die gegenwärtige italienische Regierung keine eigene Politik betreibt. Frankreich würde in Europa, so schreibt die „Stampa“, ein Mandat ausführen das sie als „Einkreisung“ bezeichnet. Zunächst die Einkreisung Deutschlands, dann aber als Folge davon die Einkreisung Italiens. Das französisch-tschechische Bündnis rede eine klare Sprache in dieser Beziehung. Schon jetzt spreche man im Hinblick auf die nächste Konferenz der Kleinen Entente von einem französisch-rumänischen Vertrag.

Wenn England und Italien, so schreibt die „Stampa“, sich nicht rühren, könnte Moskau und Berlin sogar in einem von Paris beherrschten Europa eingeschlossen werden, und dann würde auch Italien das allgemeine Schicksal des kontinentalen Europas erleiden. Das Turiner Blatt schließt: „Ein festes politisches Ziel ist die dringendste Notwendigkeit für Italien, denn eine Politik bedeutet für uns nicht nur die Aufstellung eines besonderen Reparationsplanes. Es bedeutet nicht, daß man seine Anstrengungen darauf konzentriert, irgend-einen besonderen Vorteil zu erhalten, sondern es bedeutet, daß man dem europäischen System des Dual d'Orlean ein anderes System gegenüberstellt, nämlich das System London-Moskau-Berlin, nicht um irgend jemand zu isolieren oder zu bekämpfen, sondern um nicht isoliert zu werden und um sich zu verteidigen.“

Die Uebergriffe der Separatisten gegen die deutsche Presse.

Der Reichsverband der deutschen Presse protestiert in einer Kundgebung gegen die Streikregelung der Presse in der von den Separatisten verewaltigten Rheinpfalz. Er appelliert an das Weltgewissen, besonders an die Journalisten des Auslandes, ihren deutschen Kollegen bei dem Streben nach Wiederherstellung der Pressefreiheit beifällig zu sein.

Die Streikfrage im Düsseldorf Gebiet.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ dauert der Konflikt über die Arbeitszeit im Düsseldorf-Bezirk an. Das Kartell der Freien Gewerkschaften die Afa und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund haben einen Aufruf zu einer Kundgebung auf dem Hindenburgwall und zu Streikunmütigen erlassen. In dem Aufruf werden die in Arbeit stehenden aufgefordert, sich mit den Ausgesperrten und Arbeitslosen solidarisch zu erklären und für sie ein Viertel ihres Arbeitsverdienstes zu opfern.

Auch die Vereinigung der Arbeitgeber hat einen Aufruf herausgegeben, der im wesentlichen eine Darlegung der Rechtslage enthält. Im übrigen hat sich entgegen den sozialistischen Verbänden der Christliche Metallarbeiterverband, dessen Vertrauensmänner vorerstern zu einer Versammlung zusammengetreten waren für die Durchführung des Berliner Abkommens über die zehnstündige Arbeitszeit erklärt und eine Beteiligung an der Streikleitung abgelehnt.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Düsseldorf ist die Arbeiterkündigung auf dem Hindenburgwall und der sich anschließende Streik durch die Straßen ohne Zwischenfall verlaufen. Die Bemühungen der kommunistischen Führer, den Generalkrieg zu entfesseln waren bis jetzt ohne Erfolg. Eine Reihe sozialistischer Verbände (Metallarbeiter, Holz-, Maschinen-, Hilfsarbeiter, Fabrik- und Bauarbeiter) haben außerdem überall auch über die nicht zur Metallindustrie zählenden Betriebe, in denen eine längere Arbeitszeit als 8 Stunden verlangt worden ist, eine Sperre verhängt.

Die französische Antwort nicht hoffnungslos.

Nach „Matin“ wird die französische Antwort auf die deutsche Wehrmachtsdenkschrift voraussichtlich heute fertig gestellt. Das französisch-belgische Dokument wird

wie „Matin“ meint, die Tür für spätere Verhandlungen nicht verschließen.

Die Enthüllungen der „Humanité“.

Die „Humanité“ bringt noch verschiedene Briefe von Raskalowitz, die Beschuldigungen gegen Polcare und Kloy enthalten. Einer dieser Briefe, der vom 2. Dezember 1912 datiert und an den Minister Kofowicz gerichtet ist, hat folgenden Wortlaut: „Ich habe den Besuch des Finanzagenten Benoit erhalten, der mich fragte, welche Bewandnis es mit der Presseoperation habe, gegen die wir, Cw. Szellenz sowohl wie ich, denselben Widerwillen besitzen. Wir müssen unsere gescheiterten Erwidlungen angesichts der Rückschlüsse, die Polcare und Kloy uns erteilen, fallen lassen. Es scheint, daß Ihr französischer Kollege über den Bestand der Stadtkassazustellen ungenügend ist, weil diese behaupten, sie erlaubten keinen Krieg, der seinen Ursprung in den orientalistischen Fragen, namentlich in den Beziehungen zwischen Serbien und Oesterreich, hätte. Um diesem Bestand in der Presse Einhalt zu gebieten, tut Geld not, und Benoit sagte mir, daß er bereits gewisse Beträge verschiedenen Blättern ausgeschüttet habe, u. a. der „Dantone“.“

In einem anderen Briefe erklärt Raskalowitz dem Minister Kofowicz folgendes: „Unter den gegenwärtigen Umständen ist unser Gesandter der Ansicht, daß man mit den 100 000 Franken, die Herr Kloy bis Ende Januar beansprucht nicht feilschen darf.“

Kleine politische Meldungen.

Die bürgerliche Einheitsliste in Thüringen. Nach schwierigen Verhandlungen ist die Einheitsliste der bürgerlichen Parteien in Thüringen nunmehr zustande gekommen. Es ist gelungen, die Beratungen für die Einheitsliste des Bürgerbundes, des sogenannten Ordnungsbundes, in den vier Wahlkreisen völlig zu beenden. Dieses Ergebnis bedeutet einen vollen Erfolg der bürgerlichen Parteien in Thüringen und ist der Vereinfachung aller Gruppen zu danken. Mit diesem Erfolg ist gemeinsames Handeln des Bürgerbundes bei den künftigen Wahlen zur Gewissheit geworden.

Abendung der deutschen Presse in der Tschechei. Die „Egerer Zeitung“ wurde am 8. Januar beschlagnahmt, weil sie eine Besprechung des englischen „Evening Standard“ über den französisch-tschechischen Bündnisvertrag abgedruckt hatte. Der Polus, auf den der tschechische Staatsanwalt vor allem hingewiesen zu sein scheint, besagt nämlich, daß die Tschechei aus dem Eintragsabstande hervorgeht, was eine Gefährdung des tschechischen Staates bedeute. Wertwährungsweise ist derselbe Artikel von anderen deutsch geschriebenen Zeitungen der Tschechei ohne irgend welche Beanstandungen abgedruckt worden.

Kanadischer Deutschenhof. Aus St. Catharines (Ontario) wird gemeldet: Die Handelskammer von Sastachewon hat auf Grund einer Nachricht, wonach die kanadische Bundesregierung 3000 deutschen Familien erlaube, sich in der Provinz anzusiedeln, den Handelsminister aufgefordert, bei dem Bundespräsidenten gegen diese „deutsche Invasion“ Protest einzulegen. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß zahlreiche britische und sonstige Auswanderer aus Standhalten und Dänemark nichts schneller wünschten, als sich in Kanada niederzulassen.

Empfang der amerikanischen Sachverständigenkommission in Paris. Die amerikanischen Sachverständigen General Dawes und Owen Young sind in Paris angekommen. Für die Presse gab Dawes eine Erklärung ab, in der er ausführte, daß er zunächst erst einmal die Lage kennen lernen müsse; aber auch dann werde er schweigen. Denn nur die amerikanische Regierung und Coolidge hätten ein Recht darauf, seine Meinung zu wissen. Ebenso hat sich Young, der zwar betonte, daß er an einer Verständigung mitarbeiten wolle und ein Freund Frankreichs sei, im großen und ganzen zurückgehalten.

Ritti unter Hochverratsanklage. Der Popolo d'Italia, das Organ Mussolinis, veröffentlicht Kuffens erregende Äußerungen gegen Ritti. Ritti, der während des Krieges als italienischer Delegierter in den Vereinigten Staaten wirkte, wird beschuldigt, dem Präsidenten Wilson besondere Vorteile für die amerikanischen Bewohner der abriatischen Grenzländer

und die Ausrufung der Republik in Italien versprochen zu haben. Der Popolo d'Italia fordert, daß Ritti vor dem Staatsgerichtshof gestellt und als Hochverräter verurteilt werde.

Republikrevolution in Griechenland. „Echo de Paris“ meldet aus Athen: In Larissa ist es zu einem neuen Durchkommen, die Garnison hat den Fortbestand der Monarchie erklärt. Die Verbindungen mit Nordgriechenland sind unterbrochen.

Ein Manifest Nikolajewitsch? Die polnische Blätter aus Belgrad erfahren, ist den dortigen russischen Emigrantenzentren ein Telegramm des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch zugegangen, welches das Erscheinen eines Manifestes für die nächste Zeit ankündigt. In diesem soll ein Aufruf an alle Russen enthalten sein, Rußland vom Joch der Bolschewisten zu befreien. Der in Belgrad lebende General Wrangel habe dieses Telegramm den in Jugoslawien wohnhaften emigrierten russischen Soldaten bekanntgegeben und in einem „Tagesbefehl“ die Wiederaufnahme der Kämpfe gegen die Bolschewisten als möglich dargestellt. In den Emigrantenzentren haben diese beiden Kundgebungen starke Sensation erregt.

Aufgedeckte Verschwörung in Japan. Im Zusammenhang mit dem neulichen Attentat in der Nähe des kaiserlichen Palastes ist eine Verschwörung aufgedeckt worden, die zur Ermordung des Prinzregenten an seinem Hochzeitsstage führen sollte.

Von Stadt und Land.

Am 9. Januar.

Die Neubildung des sächsischen Kabinetts.

Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben hat der Landtagsabgeordnete Müller-Weitzel die Uebernahme des Wirtschaftsministeriums abgelehnt. Mit einer anderen Befugnis des Postens ist im Laufe der nächsten Zeit zu rechnen. Bis dahin führt der Ministerpräsident die Geschäfte des Wirtschaftsministeriums mit. Wie verlautet, ist für den Posten des Wirtschaftsministers der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Franz Chemnitz mit in erster Linie in Aussicht genommen.

Ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Heldt.

Im Landtage hat die kommunistische Fraktion folgenden Antrag eingebracht: Das Ministerium Heldt hat nicht das Vertrauen des Landtages. — Es ist anzunehmen, daß dieser Antrag fällt, da sich trotz der Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie die Mehrheit auf Seiten der Koalition befindet.

Begrüßungsansprüche des neuen sächsischen Kultusministers.

Am 7. Januar begrüßte der neue Minister für Volksbildung Dr. Kaiser die Beamtenschaft des Ministeriums. Er führte etwa aus, er glaube mit allen Beamten einig zu sein in der festen Absicht, seine Arbeit nach den Bestimmungen der Reichs- und Landesgesetze durchzuführen. Innerhalb dieses Rahmens könne freilich eine Anzahl von wichtigen Fragen verhandelt ausgeführt werden. Die Richtlinien für solche Entscheidungen werde die Politik des neuen Kabinetts vorschreiben, das als eine Koalitionsregierung von dem Willen besetzt sein müsse, im Geiste der Verhandlungen und des Fortschritts für alle Volksschichten das Beste zu erwirken. Was insbesondere das Ministerium für Volksbildung angehe, so wolle er ausdrücklich seine Absicht betonen, die Aufgaben der Volksbildung aus dem Kampf der politischen Meinungen herauszuheben. Im Namen der Beamtenschaft verleierte Ministerialdirektor Michel den Ministern der aufrichtigen Absicht, ihn auf dem Boden der Landesverfassung nach bestem Können bei der Durchführung seiner Ziele zu unterstützen.

Der neue sächsische Innenminister.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Müller, Chemnitz, ist zum Minister des Innern ernannt und heute in sein Amt eingewiesen worden.

Eine Landtagsanfrage wegen der Richtergerichtsbarkeit. Abg. Mammelsberg (D.-Pol.) hat folgende Anfrage an die

Carsten Curator.

Novelle von Theodor Storm.

(Schluß.)

Wohl eine Viertelstunde war vergangen; draußen schien es ruhiger zu werden, die Leute sahen abwartend in ihren Häusern. Da legte Brigitte plötzlich das Kind von ihrem Schoße. „Was war das? Hörst du das Christkinden?“ Und wieder lief sie nach der Treppe. „Ist jemand unten?“ rief sie in den Flur hinauf.

Eine Männerstimme antwortete durch die offene Haustür.

„Was wollt Ihr? Seid Ihr's denn, Nachbar?“ fragte die Alte. „Wie seid Ihr an das Haus gekommen?“ „Ich hab' ein Boot, Brigitte; aber kommt einmal herab!“

So rief sie vor dem Kinde konnte, das sich wieder an ihren Rock geklammert hatte, stieg sie die Treppe hinauf. „Was ist denn, Nachbar? Gott schätze uns vor Unglück!“

„Ja ja, Brigitte, Gott schätze uns! Aber hinter der Krämerstraße auf den Hennen ist ein Mensch in Not.“ „Alldarmherziger Gott, ein Mensch! Wollt Ihr das große Tau von unserem Boden?“

Der Mann schüttelte den Kopf. „Es ist zu weit, der Mensch liegt auf dem hohen Schenkerpfahl, der nur noch eben über Wasser ist. Hört nur! Man kann ihn schreien hören! — Nein, nein, es war nur der Wind. Über drüben von des Bäckers Hausboden können sie ihn sehen.“

„Wohin noch!“ sagte die Alte. „Ich will Carsten rufen; vielleicht weiß der noch Rat.“

Ein paar Worte noch wechselten sie; dann lief Brigitte nach dem Besele. Aber es war dunkel, Carsten war nicht dort. Als sie sich mit dem Kinde nach der Ecke des Seitenganges hingekümmert hatte, fand sie die Tür verschlossen.

„Carsten, Carsten!“ rief sie und schlug mit beiden Händen darauf los. Endlich kam es die Treppe herab, der Schlüssel drehte sich, und Carsten mit der heruntergebrannten Kerze in der Hand trat ihr totenbleich entgegen.

„Um Gottes willen, Bruder, wie siehst du aus! Warum verschlechtest du dich? Was hast du oben in der Totenkammer aufgestellt?“

Er sah sie ruhig, aber wie abwesend aus seinen großen Augen an.

„Was willst du, Schwester?“ fragte er. „Ist denn das Wasser schon im Fallen?“

„Nein, Bruder; aber es hat ein Unglück gegeben!“ Und sie berichtete mit fliegenden Worten, was der Nachbar ihr erzählt hatte.

Die feinerne Gestalt des Alten wurde plötzlich lebendig. „Ein Mensch? Ein Mann, Brigitte?“ rief er und packte den Arm seiner alten Schwester.

„Freilich, freilich; ein Mann, Bruder!“

Das Kind, das Brigittens Rock nicht losgelassen hatte, kreuzte jetzt sein Köpfchen vor. „Ja, Carsten Ohm.“ logte es wichtig, „und der Mann ruft immer nach seinem Vater! Von Nachbar Bäcker seinem Boden können sie ihn schreien hören!“

Carsten ließ das Licht auf die Knieen fallen und stürzte fort. Er war schon drunter vor den Schotten und wäre in das Wasser hinausgestiegen, wenn ihm der Nachbar nicht noch zur Not ins Boot geholfen hätte.

Einige Augenblicke später stand er drüben in der Krämerstraße auf dem dunklen Boden des Bäckers und ließ durch die offene Türe seine Blicke in den nächsten Gaus hinausströmen.

„Wo? wo?“ fragte er zitternd.

„Guck nur geradeaus! Der Pfahl auf Peter Donsens Henne!“ antwortete der dicke Bäcker, der, mit den Daumen in den Armlöchern seiner Weste, neben ihm stand: „Es ist nur zu dunkel jetzt; Ihr müßt warten, bis

der Mond wieder vorkommt! Aber ich geh' nach unten; ich bin zu weich; ich halt's nicht aus, das Schreien hier mit anzuhören.“

„Schreien? Ich höre nichts!“

„Nicht? Nun, helfen kann es dem drüben auch nicht weiter.“

Eine blendende Mondhelle brach durch die vorüberfliegenden Wolken und beleuchtete das gelberleichte Gesicht des Greises, der sein fliegendes Haar mit beiden Händen hielt, während die großen Augen angstvoll über die schäumende Wasserwüste schweiften.

Wichtig zuckte er zusammen.

„Carsten alle Teufel, Carsten!“ rief der Bäcker der trotz seines weichen Herzens noch zur Stelle war; denn in demselben Augenblicke war Carsten lautlos in die Arme des dicken Mannes hineingefallen.

„Ja so,“ sagte der Hinz, „als er nun auch einen Pfahl durch die Luke tat; der Pfahl ist, der meiner armen Seele, leer! Aber was zum Henne alng denn das den Alten an!“

Es ist zwar nie ermittelt worden, wer der Mensch gewesen, dessen Kopf sich derzeit von der Flut erhebt wurde; gewiß aber ist es, daß Heinrich wieder in seiner Nacht noch später wieder nach Hause gekommen oder überhaupt gesehen worden ist.

Im übrigen hat Herr Jaspers' fröhliche Zuerückkunft sich mehr noch als bewährt; nicht nur das Haus in der Krämerstraße, auch das an der Anleite gang bald durch seine Hände. Nur Tante Brigittens Saug stand noch im kalten Pefel und wurde von da zur ewigen Ruhe hinausgetragen. Carsten mußte ausziehen; während drinnen der Wirtshaushammer schallte, ging er, von Anna geführt, aus seinem alten Hause, um es niemals wieder zu betreten. Oben in der Krämerstraße, weit hinter Heinrichs früherem Gewese, dort, wo die letzten kleinen Häuser mit Strohdächern sind, war jetzt eine

Regierung eingebracht; Was bedeutet die Regierung zu tun, um die sehr zunehmenden und durchaus ungeraden Umläufe der sächsischen Wucherergerichte durch Wegnahme der sächsischen Wucherergerichte durch Wegnahme der sächsischen Wucherergerichte zu machen und damit den auf der sächsischen Produktion und deren Verteilung lastenden schweren Druck abzunehmen?

Eine Anfrage wegen der Ernennung des Landgerichtsdirektors Dr. Horn. Zu der deutschnationalen Anfrage, die wir am Montag unter dieser Überschrift abdruckten, veröffentlicht die Sächsische Staatszeitung eine Entgegnung der Nachrichtenstelle bei der Staatskanzlei, die folgendermaßen lautet:

Deutschnationale Verdächtigungen. Die deutschnationale Fraktion des Landtags hat durch den Abg. Berg eine Anfrage im Landtag eingebracht, welche die Ernennung des Landgerichtsdirektors Dr. Horn zum Untersuchungsrichter in Leipzig betrifft. Die Anfrage geht von unrichtigen Voraussetzungen aus. Zunächst liegt keine Verdrößerung vor, denn Dr. Horn war bereits Landgerichtsdirektor und ist durch seine Ernennung zum Untersuchungsrichter nicht in eine höhere Gruppe gekommen. Eine Einwirkung auf die Untersuchung gegen Dr. Helmer kann Dr. Horn nicht ausüben; einen Vorstand der Untersuchungsrichter gibt es überhaupt nicht. Dr. Horn hat auch keine Dienstaufsicht über die Untersuchungsrichter zu führen — diese steht nur dem Landgerichtspräsidenten zu. Als ranghöchster Untersuchungsrichter hat Landgerichtsdirektor Horn lediglich die Bureauaufsicht, die keinerlei Eingriff in die richterliche Tätigkeit ermöglicht. Endlich ist die Ernennung zum 1. Juli 1924 erfolgt, also zu einem Zeitpunkt, da die Untersuchung in Sachen Dr. Helmer voraussichtlich längst abgeschlossen ist.

Sächsischer Lebenshaltungsindez. Nach den Preisfeststellungen vom 7. Januar 1924 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indizes der Lebenshaltungskosten (1913/14 gleich 1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) 117,0 Milliarden, Gesamtindex ohne Bekleidung 118,5 Milliarden. Am 29. Dezember 1923 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 117,1 Milliarden und ohne Bekleidungskosten 120 Milliarden. Vom 29. Dezember 1923 bis 7. Januar 1924 sind mithin die Preise der bei der Preisveranschlagung berücksichtigten Güter um 0,4 bzw. 1,3 v. H. gestiegen.

Die Ausgabe von Rentenmünzen wird nunmehr Mitte Januar in verstärkter Maß eintreten. Bisher hat die Regierung noch unter schwerwiegenden technischen Schwierigkeiten zu leiden gehabt. Ursprünglich hatte man an den zuständigen Stellen gehofft, bereits zu Beginn des neuen Jahres große Mengen von Münzen in den Verkehr bringen zu können, aber neue Schwierigkeiten stellten sich ein, die erst jetzt beseitigt wurden. In der Berliner Münze sind bisher 40 Millionen Reichsmünzen zu 1, 2, 5, 10 und 50 Pf. geprägt worden. Im ganzen sollen von dieser Stelle aus etwa 300 Millionen in den Verkehr geworfen werden. Gleichfalls 300 Millionen Stück werden die übrigen Münzanstalten in Hamburg, München (für Bayern), Karlsruhe (für Baden), Stuttgart (für Württemberg) und Kassel (für Sachsen) zur Ausgabe bringen. Zunächst sollte auf den Kopf der Bevölkerung Wertpapier im Werte von etwa 1 Rentenmark entfallen. An den Geldbedarf an Kleingeld denken zu können, ist der Absicht, nunmehr soviel Münzen zu prägen, daß etwa 2,50 Rentenmark auf den Kopf der Bevölkerung kommen. Vorkäuflich freilich hat sich der Mangel an Kleingeld, der sich bereits seit Wochen bemerkbar macht, so verstärkt, daß unter seiner Einwirkung der Zahlungsverkehr vielfach nur noch unter erheblichen Schwierigkeiten vor sich geht.

Rentenmark und Reichsbankgeld. Mit der zunehmenden Verbreitung der Rentenmark hat sich in der Geschäftswelt vielfach eine Zurückweisung des wertbeständigen, auf die Goldanleihe gestellten Reichsgeldes der Eisenbahn bemerkbar gemacht. Um dem entgegenzutreten, hat die Reichsbank der Vereinigung Reichsre Banken und Bankiers (Stempelvereinigung) den Umtausch in gewissen Umfang bei der zu diesem Zweck eingerichteten Umtauschkasse zugelassen, obgleich die Umtauschpflicht nach der bestimmten Verordnung der Reichsregierung erst vom Auslauf des Reichsgeldes an besteht. Da nun die Großbanken das wertbeständige Eisenbahngeld nach Möglichkeit an ihren Schaltern annehmen werden, ist der glatte Umlauf des Geldes gesichert. Bei dieser Gelegenheit sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Reichsbank überhaupt

gemeinsamkeitliche Heimat. Ein Amt befehligte Carsten nicht mehr auch sonst betrieb er keine Geschäfte; denn in jener Nacht war er vom Schläge getroffen worden, und sein Kopf hatte gelitten; dagegen war er noch wohlgeartet, den kleinen Heinrich zu warten, welcher den halben Tag auf seines Großvaters Schoße zubrachte. Not litt der Alte nicht, obgleich Anna auch den letzten Bruchteil ihres Vermögens um des Gedächtnisses ihres Mannes willen hingegeben hatte; aber ihre Hände und ihr Mut waren nimmer milde. Sie war völlig verblüht, nur ihr schünes, blondes Haar hatte sie noch behalten; aber eine gelbliche Schattigkeit leuchtete jetzt von ihrem Antlitz die sie früher nicht besessen hatte; und wer sie damals in ihrer hohen Gestalt zwischen dem Kinde und dem zum Kinde gewordenen Manne erblickt hat, dem mußten die Worte der Bibel ins Gedächtnis kommen: „Gibt auch der Weib, doch wird die Seele leben!“ Für den Kreis aber bildete es eine täglich wiederkehrende Lust, die Blicke der Mutter in dem kleinen Antlitz seines Enkels aufzufassen. „Dein Sohn, Anna; ganz dein Sohn!“ pflegte er nach längerer Betrachtung auszurufen. „Er hat ein glückliches Gesicht!“ Dann nickte Anna und sagte lächelnd: „Ja, Großvater; aber der Junge hat ganz eure Mienen.“

Und so geht es fort in den Geschlechtern: die Hoffnung wächst mit jedem Menschen auf; aber keiner denkt daran, daß er mit jedem Wissen seinen Kinde zugleich ein Stück des eigenen Lebens hingibt, das von demselben bald nicht mehr zu lösen ist. Heil dem, dessen Leben in seines Kindes Hand gesichert ist; aber auch dem noch, welchem von allem, was er einst besessen, nur eine harmlose Hand geblieben ist, um seinem armen Haupte die letzten Rissen aufzuschütten.

Ende.

sein Vorzettel annimmt, da es dies als Anleihe ansieht. Es kommt also auch die Annahme des wertbeständigen Eisenbahngeldes durch die Reichsbank nicht in Frage. Obgleich es sich um wertbeständiges Eisenbahngeld ein ebenso wertvolles Zahlungsmittel wie die Goldanleihe, da es durch Goldanleihe oder Goldschahausstellungen voll gedeckt ist.

Hafenleuze im Vogtlande. Seit einigen Jahren schon mußte in Jägerkreisen die bedauerliche Tatsache festgestellt werden, daß der Ertrag der Hafenjagd mehr und mehr zurückging. Anlässlich der Jagdtrophäen-Ausstellung in Plauen sind nun weitere Kreise davon unterrichtet worden, daß das vielfach beobachtete Hafensterben nicht nur auf ungünstige Witterungseinflüsse, sondern auf die Ausbreitung der Hafenleuze zurückzuführen ist. Der vogtländische Jagdklub wird sofort alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um die Krankheit zu bekämpfen. Bemerkenswert ist, daß von der Suche besessene Hafen geisbar sind, sofern die Krankheit noch nicht weiter vorgeschritten ist. Zur Verhütung des Publikums möge allerdings dienen, daß frange Husey von jedem weidgerechten Jäger ausgemerzt werden und nicht zum Verkauf kommen.

20 jähriges Jubiläum. Heute vollendet sich der Tag, an dem vor 20 Jahren Herr Sparfassen, Inspektor Kockroch als ständiger Beamter in unserer städtischen Verwaltung angestellt worden ist. Aus diesem Anlasse wurde er heute vormittag in Gegenwart der Beamenschaft vom Ratsherrnstande namens des Stadtrats beaufschlagt und ihm die Anerkennung für seine treue und fleißige Ausübung ausgesprochen. Auch die Beamten beglückwünschten Herrn Kockroch und überreichten ihm ein wertvolles Geschenk. Hoffen wir, daß sich Herr Kockroch bei seinem ferneren Wirken besten Wohlwollens erfreuen möge!

Hauptversammlung der Christlichen Elternvereinigungen. Die Christl. Elternvereinigungen des Quartals hält morgen Donnerstag, den 10. Januar er. abends 8 Uhr im Pfarrhaus, Saale der St. Nikolai-Kirche ihre erste Hauptversammlung in diesem Jahre. In dieser Versammlung sollen wichtige zeitgemäße Tagesfragen behandelt werden. Es liegt im eigenen Interesse aller christlichen Männer und Frauen, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen und machen auch wir hierdurch besonders aufmerksam.

Lichtenstein-G. Feuer in Lehrertinnen-Seminar. Am Montagmittag brach im hiesigen Lehrertinnen-Seminar ein großer Brand aus. Unter starker Rauchentwicklung breiteten sich die Flammen mit großer Schnelligkeit über den Dachstuhl des hiesigen Anbaues aus. Die freiwillige Feuerwehr übernahm sofort die Bekämpfung des Brandes. Sie wurde dabei von mehreren Wehren umliegender Orte unterstützt, so durch die Wehr aus Hofenstein-G., die mit ihrer Motorpumpe erschienen war, sowie die Wehren St. Egidien und Hohenberg. Auch die Betriebsfeuerwehr der Firma Wagners-Lichtenstein beteiligte sich bei der Bekämpfung des Brandes. Mit mehreren Schlauchleitungen wurde das Feuer auf seinen Herd beschränkt und bereits in den Nachmittagsstunden völlig gelöscht. Der Dachstuhl des Anbaues ist abgebrannt, doch wird der Betrieb nicht gestört, sondern in bisheriger Weise aufrechterhalten. Die Anfaßen wurden von dem Brande übererast, konnten sich aber sämtlich in Sicherheit bringen. Ueber die Entstehungsursache konnte bisher noch nichts Bestimmtes ermittelt werden. Es wird als ein Glucksumstand bezeichnet, daß das Feuer am Tage zum Ausbruch kam und nicht in der Nacht, denn sonst wäre der Schaden zweifellos ein viel bedeutender geworden.

Beipzig. Der betrunkene Sänger im Keller. In Leipzig-Deich hörte ein Herr, der dort ein Landhaus mit Mutter und Schwester allein bewohnt, am frühen Morgen aus dem Keller einen merkwürdigen Gesang ertönen. Dort lag ein „lustiger Musikant“ am Boden, der nachts eingebrochen war, schon verschiedenes aufgenommpast hatte was er mitnehmen wollte, dabei aber an eine Flasche Wein und eine Flasche Bier geraten war. Der frühlische Geselle bezog erst einmal eine gelbliche Kraft Prügel und wurde sodann auf die Polzeimache gebracht. Der Dieb scheint in letzter Zeit verschiedene Einbrüche in Keller verübt zu haben.

Gerichtssaal.

Der Dresdner bürgerliche Ordnungsdienst freigesprochen. Wie vom vergangenen Sommer her noch bekannt sein wird, war in Dresden ein bürgerlicher Ordnungsdienst gebildet worden, der, als im Ausstellungspalast der sächsische Militärvereinbund sein 50jähriges Bestehen feierte, aufgeführt worden war, um diese Veranstaltung zu schützen. Dieser bürgerliche Ordnungsdienst war genau nach dem Muster der proletarischen Hundertschaften gebildet worden. Trotzdem ließ der Dresdner Polizeipräsident Renke 60 Mitglieder dieses Ordnungsdienstes wegen Bildung eines bewaffneten Hauses verhaften. Außerdem wurde ein Anklage bei der Staatsanwaltschaft gegen sie anhängig gemacht. In der jetzt erfolgten Verhandlung wurden sämtliche Angeklagte freigesprochen, weil nur wegen unbefugten Woffentragens zu Geldstrafen verurteilt.

Kunst und Wissenschaft.

Wilhelm Steinhilber gestorben. In Frankfurt am Main ist vor einigen Tagen der 78 Jahre alte Landschaftsmaler Wilhelm Steinhilber gestorben. Er war der Sohn eines preussischen Regimentsarztes. In Berlin und Frankfurt studierte er an den dortigen Akademien und unternahm, durch ein Stipendium unterstützt, eine Reise nach Italien. In München, woher er aus Italien zurückkehrte, lernte er Hans Thoma kennen, mit dem er auch in Frankfurt a. M. treue Freundschaft hielt. Er wandte sich vor allem der Landschaftsmalerei zu und schuf Gemälde von reicher Tiefe, erfüllt von lüftiger Verehrung für alle Wunder und Schönheiten der Natur. Steinhilbers Werke ähneln so in mancher Beziehung denen seines Freundes Thoma, beide haben auch, ohne sie Anerkennung fanden erst weit ins Mannesalter hinein kommen müssen.

Gerhart Hauptmanns neue Arbeiten. „Coriere della Sera“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem in Vogen wohnenden Gerhart Hauptmann, der unter anderem für Dänemarks deutschfeindliche Haltung bei Kriegsbeginn scharfe Worte findet. Seinen Fröhenkaufentwurf wird Hauptmann benutzen, um einen satyrischen Roman über den Frauenraub zu schreiben. Weiter arbeitet Hauptmann an einem Spas im Vergnügen der „Schönen Komödie“ Dante. Das

Spas, bezieht „Der große Traum“, bezieht die Geschichte Norddeutschlands und soll nach dem Tode des Dichters erscheinen.

Dörffels über die Odyssee. Prof. Wilhelm Dörffels, den eben seinen 70. Geburtstag feiern konnte, arbeitet zurzeit an einem großen Werke über die Odyssee. Seine Beschäftigung mit Homer hat ihn zu der Ansicht geführt, daß Odyssee im 10. bis 8. Jahrhundert, eine entstellende Veränderung erfahren haben. Dörffels glaubt den alten Plan beider Gedichte gefunden zu haben. Er beabsichtigt zunächst, die ursprüngliche Form der Odyssee nach diesem Plan wieder herzustellen und das Werk in einer neuen, von der Fessel des Hexameters freien Uebersetzung als das Gedicht von des „Heimkehr der Odysseus“ zu veröffentlichen.

Bernhard Shaw „Jungfrau von Orleans“. Bernhard Shaw's neues Schauspiel „Johanna“ — das der Dichter damit beschäftigt ist, konnten wir unseren Lesern bereits vor einiger Zeit mitteilen — wurden im Newporter Grand Theatre uraufgeführt, nachdem am Tage vorher vor einem geladenen pflanzenden Publikum die Generalprobe stattgefunden hatte, bei der auch die Korrespondenten und Kritiker aller Länder anwesend waren. Man war sich darüber einig, daß Shaw's Stück das beste Werk des Dichters ist. Der einzige Einwand gegen das Stück ist seine Länge, denn es dauerte bei der Aufführung länger als vier Stunden. Shaw hat die Zeit der Jungfrau von Orleans historisch-genen wiedergegeben, aber seine Gestalten sprechen die Ideen des 20. Jahrhunderts aus. Johanna ist ein Mädchen mit gesundem Bauernverstand, das aber fest an die himmlischen Stimmen glaubt, die sie hört; sie kann jedoch ihre skeptischen Gegner nicht überzeugen. Das Stück ist zu einer Antithese zwischen England und Frankreich geeignet, nicht nur der Gegensatz zwischen den Volkscharakteren der beiden Länder, sondern auch die Verschiedenheit ihrer nationalen und religiösen Auffassungen wird scharf herausgearbeitet. Am stärksten wirkt die große Prozedur.

„Führende Männer“ in der Pfalz.

Wenn sich die Pfalz aus Speyer kommende Weidung beständigen sollte, wonach vom 10. Januar an Pfalz nach dem unbesetzten Deutschland nicht mehr durch die Besatzungsbehörden, sondern von der genannten Regierung der autonomen Pfalz angestellt werden würden, so würde selbst auch eine nur vorübergehende Uebersetzung dieses Rechtes an die Sonderbündler eine offizielle Anerkennung der separatistischen Gewalt durch die französische Besatzungsbehörde darstellen. Was zur Zeit sich in der Pfalz begibt, spottet in der Tat jeder Beschreibung und es mehrten sich die Differenzen aus diesem trübdeutschen Landgebiet, Plünderung, Raub, Mißhandlung, widerrechtliche Verhaftungen sind an der Tagesordnung, und alles dies spielt sich unter den französischen Soldaten, oft sogar mit Hilfe derselben ab. Es ist jedenfalls immer wieder interessant, Näheres über die „Führer“ dieses zusammengekauften Landstromes und teilweise geradezu verbrecherischen Sonderbündelstabs zu hören.

Wir erfahren da, daß der „Ministerpräsident“ ein Gutsbesitzer Deitz aus Orlitz ist, der nur als Führer radikaler Bauernbewegungen, die durch Wilschreit und Zurückweisung der Mark als Zahlungsmittel bei einseitiger Anerkennung des Franken den Bauern zu „besserem Wohlstand“ zu verhelfen suchte, bislang hervorgetreten ist. Ihm zur Seite steht der pfälzische Ministerpräsident, ein gewisser Kowal, ein auf geheimerem Wege reich gewordener Kleinrentner aus Kirchheimbalden, der sich im Kriege bereits der deutschen Kriegsvölker widersetzt und als Pazifist selbstamer Art mit Hilfe seiner Räuberbanden (d. i. Sonderbündlertruppen) dem Weltkrieg zu dienen vorgibt. Der „Finanzminister“, ein gewisser Kowal, war bereits einmal von den Franzosen wegen Diebstahls einer Militärkasse eingesperrt worden, auf seiner reichbesetzten Pfalz prangen u. a. zehn Jahre Zuchthaus. Von seinen bisherigen Finanzoperationen wurde die erste, der Druck von Falschgeld in Neustadt, allein bekannt. Als „Kriegsminister“ fungiert der Weinhändler Mah aus Schifferstadt, von dem die separatistischen Truppen erzählen, er habe bei der Marine einen Offizier erschlagen, sei zum Tode verurteilt gewesen, schließlich und erst durch die Revolution befreit worden. Ebenfalls im „Ministerium“ stehende Persönlichkeiten sind der frühere Freudenhauswirt Kockroch und der Radrennfahrer Meyer aus Ludwigshafen, lauter seltsame Gestalten, denen sich die in verschiedenen Städten eingeleiteten „Regierungskommissare“, so der in Ludwigshafen stehende Kura, der direkt aus dem Gefängnis kam, sowie der in Birkenfeld verblühter, wegen verschiedener Betrugsaffären auch bereits eingesperrt gewesene „Rechtskonsulent“ Schwaab anschließen. Besondere dieser tritt sehr pomphos in der Aufmachung eines Räuberhauptmanns mit französischem Lederkleiden um Bauch und Schulter und entsprechenden Waffen in der Stadt auf und nimmt wahllos „Verhaftungen“ vor, ebenso wie der Kommandant der separatistischen Gendarmerie, der seinerzeit von den deutschen Behörden entlassen und wegen verschiedener Diebstahle bei den Separatisten selbst jetzt schon verhaftet ehemals deutsche Gendarmeriewachmeister Weisbach aus Kalferslautern.

Dies sind die Männer, denen die Franzosen die Macht geben, über eine vaterlandstreu Bevölkerung zu herrschen unter dem Vorgeben, mit einer neuen Staatsordnung dem Land auch neuen Wohlstand und neuen Aufstieg zu geben.

Nur drei Zellen.

Unter dem Namen „Nationalverband Deutscher Buchdrucker“ hat sich eine neue Buchdruckerorganisation gebildet, deren Geschäftsstelle sich in Berlin, Köpenicker Straße 19, befindet.

Divisionsgeneral Weyden ist als Nachfolger des vor einigen Tagen verstorbenen Generals Buat zum Chef des französischen Generalstabs ernannt worden.

Die Königin der Niederlande hat nach zweimonatigen Fernreisen, ein Kabinett zu bilden, das Studien des bisherigen Ministeriums zur Wiedereinrichtung abgelehnt.

In Embra ist gegen Wilschreit femal ein Attentat verübt worden, bei dem er selbst unversehrt blieb, während seine Frau schwer verletzt wurde.

